

Liebe Mitglieder und Freunde der DPoIG Baden-Württemberg,

ob Palmenstrand in einem fremden Land, oder grüne Wiesen und Bergriesen, ob Meereswellen oder warme Quellen, Städteziele oder Naturschauspiele, ob Erholung pur oder viel Kultur, ob Spiel und Sport oder Luftkurort, ob in der Nähe oder ganz weit: Urlaub ist eine schöne Zeit!

Die gesamte DPoIG-Landesleitung sowie das wünschen Ihnen und Ihren Familien schöne Ferien, tanken Sie Kraft, erleben Sie viel und und gesund nach Hause zurück.

**Redaktionsteam
und erholsame
kehren Sie froh**



Bild: Pixabay

Artikel in dieser Ausgabe

1. Wer Strafe nicht durchsetzt, der verliert
2. Internationale Polizeiregatta Bdensee
3. „Tschüss ich geh dann mal ...“
4. Hinterhältige Messerattacke in Stuttgart
5. Personeller Nachersatz trotz freiwilliger Weiterarbeit
6. Hurra, Deutschland ist Europameister
7. Frauenkonferenz hat gewählt
8. Wendt geht unter die Schauspieler
9. Neuer Vorsitzender ArGe-ÖPR
10. Landesleitung in Politikergesprächen
11. Bundeswehreinsatz durch die Hintertür

Impressum

Redaktion:
Sven Heinz, 72820 Sonnenbühl
(V. i. S. d. P.)
E-Mail: sven.heinz@dpolg-bw.de

c/o DPoIG Landesgeschäftsstelle
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711/ 997 947 4-0
Telefax: 0711/ 997 947 4-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
www.dpolg-bw.de

Fremde Abbildungen und Quellen
sind entsprechend gekennzeichnet

Wer Strafe nicht durchsetzt, der verliert Ein Statement zum Thema offene Haftbefehle

Wer Strafe ankündigt und sie nicht durchsetzt, verliert Autorität. Wenn der Staat dies tut gefährdet er sein Gewaltmonopol und verzichtet zudem auf ein probates Mittel der Prävention.

Der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer sprach darüber im Juni mit der Redaktion des STAATSANZEIGER:

„Die Zahl offener Haftbefehle ist alarmierend. Es besteht ein riesiges Vollzugsdefizit. Von einzelnen Straftätern kann auch Gefahr ausgehen. Es sind verurteilte Straftäter und teilweise tickende Zeitbomben. Der Rechtsstaat gibt Rechtsbrechern ein völlig falsches Signal, wenn er Straftaten nicht konsequent ahndet. Wenn sich in ganz Deutschland offene Haftbefehle türmen und über 100.000 verurteilte Straftäter auf freiem Fuß sind, ist das eine Kapitulation des Rechtsstaates.

Es gibt zwei wesentliche Elemente, damit Straftaten gar nicht erst begangen werden. Erstens „ein hohes Risi-

ko entdeckt zu werden“ und zweitens „empfindliche Sanktionen“. Wer gar nicht erst mit einer Bestrafung rechnen muss, der wird weiter Unrecht tun. Das hat keine abschreckende Wirkung.

Die Polizei hat zu wenig Personal um nach allen per Haftbefehl gesuchte Straftäter zu suchen. Sicher, bei Personenkontrollen gehen immer wieder einzelne Straftäter ins Netz. Nur rein auf Kommissar Zufall sollte sich der Rechtsstaat aber nicht verlassen. Zumal auch viele „schwere Fälle“ darunter sind, wie 450 teilweise gewaltbereite Neonazis die sich seit Jahren erfolgreich der Festnahme entziehen. Ebenso werden etwa achtzig Islamisten mit Haftbefehl gesucht.

Ich warne vor einer Diskussion um Delikte und deren Bedeutung. Wer gegen bestehendes Recht verstößt und vom Staat rechtskräftig verurteilt wird, der kann und darf sich dieser Strafe nicht entziehen. Von besonderer Bedeutung ist für mich auch der Gedanke an die Opfer. Da muss doch der Zorn der Bürgerin-

nen und Bürgern ansteigen, wenn die Opfer oft lange Jahre oder ein Leben lang an Folgen der Tat leiden und die Täter sich einer gerechten Strafe entziehen. Das ist nicht nur aus Sicht des funktionierenden Rechtsstaats sondern auch aus Opfersicht fatal.

Um hier in irgendeiner Form effektiv entgegenzuwirken, müssen die Justiz- und Sicherheitsbehörden dringend personell und finanziell besser ausgestattet werden.“



Ralf Kusterer
DPoIG-Landesvorsitzender

Internationale Polizeiregatta Bodensee DPoIG zu Gast bei der Polizeiregatta vor Langenargen

Bei wolkenlosem Himmel und anfänglicher Windstille fand am 24. Juni 2016 die 34. Internationale Polizeiregatta statt.

Der 1. Vorsitzende des Fördervereins, Polizeipräsident Thomas Mürder, eröffnete die traditionsreiche Veranstaltung und lud die zahlreichen Gäste anschließend auf zwei Besucherboote. Von hier aus konnte das Rennen, bestehend aus 24 Booten und 102 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, verfolgt werden. Dynamisch entwickelt sich das Rennen, als nach circa einer Stunde ordentlich Wind aufkam. Die DPoIG unterstützte die Veranstaltung mit einer Pokalspende.



von links: Rolf Schlindwein, MdL Thomas Blenke sowie DPoIG-Landesvize Jürgen Engel

Der stellvertretende Landesvorsitzende Jürgen Engel und Rolf Schlindwein vom DPoIG-Bezirk PP Einsatz waren für die DPoIG vor Ort.

[Wettkampfinformationen und -ergebnisse](#)

<http://polizeiregatta.de/>

„Tschüss, ich geh dann mal ...“

Wenn Polizistinnen und Polizisten zum Dienst gehen, klingt das nicht anders, als wenn andere Berufsgruppen aus dem Haus gehen - und doch gibt es Unterschiede.

Klar, kein Mensch kann sich sicher sein, dass sein Tag „genau nach Plan“ verläuft und er am Abend unbeschadet wieder bei seiner Familie sein darf. Selbstverständlich bergen auch andere Berufe bestimmte Gefahren. Auch jeder Pendler, der in irgendeiner Form aktiv oder passiv am Straßenverkehr teilnimmt, riskiert tagtäglich dabei zu Schaden zu kommen. Sei es als Führer eines Kraftfahrzeugs oder als Fußgänger entlang einer vielbefahrenen Straße. Grundsätzliche Gefahren lauern quasi überall und für jeden zwischen Haus- und Bürotür.

Um viele Gefahren im Alltag wissen wir. Wir werden durch Ausbilder oder durch erfahrene Kollegen darauf aufmerksam gemacht, dass in bestimmten Situationen Gefahren drohen können und verhalten uns entsprechend vorsichtig. Das ist im Polizeiberuf nicht anders, als in einem herstellenden Betrieb beim Umgang mit hochtechnisierten Maschinen. Entsprechende Vorsicht ist immer geboten. Wir sind konditioniert darauf, uns in Gefahrenzonen entsprechend sensibel zu bewegen und verhalten uns beispielsweise bei Blaulichtfahrten ganz besonders umsichtig. Ein mögliches Fehlverhalten anderer Verkehrsteilnehmer wird stets mitberücksichtigt. Auch vor Personenkontrollen, Festnahmen, Durchsuchungen schlagen unsere Warnsensoren verlässlich an. Insbesondere wenn die Anlässe es hergeben oder Mimik, Gestik und Worte des polizeilichen Gegenübers eine schärfere Gangart annehmen.

Unerwartete gemeine Gefahren

Manchmal lauern die größten Gefahren im Polizeiberuf gerade dort, wo man sie nicht erwartet. Wenn das polizeiliche Gegenüber absichtlich und geschickt über seine wahren Absich-



Auch nur Mensch: Mama oder Papa im Einsatz, Zeichnung eines Polizistenkindes, Bild: Pixabay

ten hinwegtäuscht. Wenn der Polizist und die Polizistin als Vertreter der Obrigkeit gezielt oder vollkommen willkürlich zum Blitzableiter für angestaute Wut bestimmt werden. Wenn Heimtücke im Spiel ist, die Ordnungshüter von einer völlig anderen, meist harmlosen Sachlage ausgehen, dann aber völlig unerwartet, praktisch aus dem Nichts, eine lebensbedrohliche Situation über sie hereinbricht. Diese einseitig absichtlich herbeigeführten gemeinen Gefahren, sind das Besondere, was die Gefahren des Polizeiberufs von den berufsbedingten Risiken anderer Arbeitnehmer unterscheidet.

Unter den Eindrücken der letzten Schusswaffengebräuche Ende Mai in Filderstadt und Anfang Juli in Stuttgart sowie einer unmittelbar darauf geschehenen Bedrohungslage in der Landeshauptstadt, ist es vielleicht gerade jetzt an der Zeit, sich einmal mehr vor Augen zu führen, mit welcher besonderen Dynamik solche unvorhersehbaren Gefahrensituationen in der Vergangenheit schon entstanden sind.

Tödliche versteckte Waffe

Am 8. August 1989 wurden auf der Gaisburger Brücke in Stuttgart zwei Polizisten ermordet. Bei einer Fahrscheinkontrolle in einer Straßenbahn schlug ein Schwarzfahrer einem Kontrolleur mehrere Zähne aus. Die Polizei fahndete nach dem flüchtigen Gewalttäter. Kurz nach 9 Uhr wurde der Gesuchte von einer Streife der Verkehrsüberwachung auf der Gaisburger Brücke festgestellt. Die Beamten Harald Poppe und Peter Quast erhielten von einer weiteren Streifenwagenbesatzung Unterstützung und sprachen den Mann an. Als dieser nicht reagierte sollte der Schläger von zwischenteillich fünf Beamten festgenommen werden. Im nächsten Moment schien es, als stoße der mit einer aufgerollten Zeitung die Polizisten weg. Die Zeitungsrolle enthielt aber ein Bajonett, welches der 47-Jährige stets verdeckt mitführte. Innerhalb von 15 Sekunden wurden drei Beamte verletzt. Polizeiobermeister Harald Poppe erhielt einen Lungenstich, konnte aber noch einmal auf den Täter schießen. Der

Fortsetzung auf nächster Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

verletzte Täter stach Polizeiobermeister Peter Quast ins Herz. Der ebenfalls schwer verletzte Jürgen Hähnlein feuerte dreimal auf den flüchtenden Täter und traf ihn tödlich. Der damals 28-jährige Quast starb noch am Tatort. Sein 27 Jahre alter Kollege Poppe eine Stunde später im Krankenhaus. Die Beamten Jürgen Hähnlein und Joachim L. wurden schwer, ein weiterer Polizist leicht verletzt.

Ausnutzung von Arglosigkeit

Bei dem Polizistenmord von Holzminden wurden am 12. Oktober 1991 zwei Beamte der niedersächsischen Polizei auf einem Waldparkplatz bei Boffzen erschossen. Um 2:29 Uhr ging von der Notrufsäule eines Waldparkplatzes ein Anruf bei der Polizei im nordrhein-westfälischen Höxter ein: „Äh gut'n Tach, Meier mein Name. Ich hab'n, äh, Wildunfall. Könnten Sie wohl jemanden vorbeischicken? Keiner verletzt, is' nur ein bisschen an der Stoßstange.“ Für den Polizisten, der den Anruf entgegennahm, sah der Einsatz nach einer alltäglichen Situation aus. Er entsandte die beiden Polizeiobermeister Andreas Wilkending aus Holzminden und Jörg Lorkowski aus Lüchtringen zu dem abgelegenen Parkplatz. Damit endete der Kontakt zu den Beamten. Rund eineinhalb Stunden nach dem letzten Funkkontakt beorderte der besorgte Einsatzleiter einen weiteren Streifenwagen zu dem Waldparkplatz. Die Streife entdeckte dort zunächst keine Spuren der Kollegen. Stattdessen fanden sie Blutspuren, Zahn- und Knochensplitter, Gewebespuren und Patronenhülsen des Kalibers 7,62 x 51 mm. Gegen 10 Uhr des gleichen Tages fand ein Jäger den Streifenwagen der Ermordeten ausgebrannt und mit zahlreichen Einschusslöchern auf dem Truppenübungsplatz Senne. Die beiden Polizisten blieben verschwunden und eine der größten Suchaktionen der deutschen Nachkriegsgeschichte begann. Aus der Öffentlichkeit ergaben sich Hinweise auf den Urheber des aufgezeichneten Anrufs. Vier Tage nach dem Verbrechen stürmte ein Spezialeinsatzkommando ein Haus in Bredenborn im Kreis Höxter, in welchem sich der damals 29-jährige Dietmar Juschke

und seine beiden Brüder aufhielten. Während Dietmar und der jüngste Bruder ohne Probleme überwältigt wurden, versuchte Manfred Juschke sich das Leben zu nehmen, indem er sich ein Jagdmesser zweimal in die Brust und ein feststehendes Stiefelmesser zweimal in den Hals stach. Etwa eine Woche nach der Tat legte Dietmar Juschke ein Geständnis ab. Die beiden Polizisten wurden von ihm unmittelbar nach ihrer Ankunft auf dem Parkplatz aus einer Entfernung von unter sieben Metern mit 13 Schüssen aus einem G3-Sturmgewehr ermordet und ihre Leichen in einem Waldstück vergraben. Sie hinterließen jeweils eine Ehefrau und zwei Kinder. Ihr Mörder wurde wenige Wochen zuvor wegen guter Führung vorzeitig aus einer zehnmonatigen Haftstrafe entlassen. Mit dem Verbrechen an zwei willkürlich an den Tatort gelockten Polizisten wollte sich Juschke für die gegen ihn verhängte Haftstrafe rächen.

Heimtückisch angegriffen

Am 25. April 2007 wurde die Polizeivollzugsbeamtin Michèle Kiesewetter in Heilbronn mit einem gezielten Kopfschuss getötet und der Polizeibeamte Martin A. mit einem Kopfschuss lebensgefährlich verletzt. Die beiden Bereitschaftspolizisten hatten ihren Streifenwagen am Rande der Heilbronner Theresienwiese geparkt, um vermutlich eine Pause einzulegen. Gegen 14 Uhr hörten Zeugen mehrere Schüsse. Anschließend fanden Polizeibeamte die 22-jährige Michèle Kiesewetter tot und ihren 24-jährigen Kollegen Martin A. schwer verletzt neben dem Fahrzeug. Die ins Stocken geratenen Ermittlungen kamen erst durch den Fund der gestohlenen Dienstwaffen der ermordeten Polizistin und ihres verletzten Kollegen am 4. November 2011 in Eisenach wieder in Gang. Die Waffen wurden neben den Leichen der mutmaßlichen Täter eines Banküberfalls in deren Wohnmobil gefunden. Es handelte sich um die beiden Rechtsextremisten Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. Im September 2012 teilte der zur Aufklärung der Neonazi-Morde eingerichtete NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags mit, dass bislang kein

Motiv für dieses Verbrechen ermittelt werden konnte.

Getäuscht und dann attackiert

Tödliche Schüsse fielen am 29. Mai 2016 in Filderstadt. Zeugen hatten am Sonntagnachmittag eine randalierende, mit einem Schwert bewaffnete Person in einem Mehrfamilienhaus in der Talstraße gemeldet, so die Polizei. Mehrere Streifen trafen auf offener Straße auf den mit einer Art Machete bewaffneten Mann. Die Beamten forderten den 29-Jährigen mehrfach auf, die Machete wegzulegen. Kurz nachdem er dies getan hatte und sich kooperativ gab, ging der Mann völlig unvermittelt mit einem Messer in der Hand auf einen Polizeibeamten zu. Dieser gab aus Notwehr mit der Dienstwaffe zwei Schüsse auf den 29-Jährigen ab. Trotz rascher Reanimationsmaßnahmen starb der Angreifer vor Ort. Die eingesetzten Polizeibeamten blieben körperlich unverletzt, mussten aber in psychologische Betreuung.

In Hinterhalt gelockt

Polizeibeamte mussten am Morgen des 10. Juli 2016 ihre Dienstwaffen einsetzen, um eine heimtückische Messerattacke eines 33 Jahre alten Mannes abzuwehren. Medienberichten zufolge wurden die Polizisten gegen 05.00 Uhr unter einem Vorwand zum späteren Tatort gelockt. Der Angreifer habe am Telefon behauptet, dass er aus einer Tiefgarage ein „verdächtiges zischendes Geräusch“ höre. Ausgehend von einer möglichen Gefahrenlage für die Bewohner der dortigen Häuser gingen die Polizisten auf den vermeintlichen Hinweisgeber und Anrufer zu. Als die Beamten sich näherten, griff der Mann völlig unvermittelt mit einem Messer an und verletzte einen 25-jährigen Polizisten schwer. Die Polizisten gaben daraufhin mehrere Schüsse auf den Mann ab. Der schwerverletzte Polizist konnte das Krankenhaus wieder verlassen. Der Angreifer wurde nach einer erfolgreichen Notoperation wegen versuchten Mordes in Haft genommen. Noch sind die Motive dieser Tat unbekannt.

Fortsetzung auf nächster Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Dieser Rückblick auf wenige ausgewählte Fälle soll gewiss nicht nachdenklich stimmen, sondern besondere berufsbedingte Gefahren des Polizeiberufs auch besonders herausstellen: die heimtückisch absichtlich herbeigeführten Gefahren!

Heimtücke als besondere Gefahr im Polizeiberufs

Heimtücke ist laut Definition „die bewusste Ausnutzung der auf Arglosigkeit beruhenden Wehrlosigkeit des Opfers durch den Täter, sodass das Opfer die Tat weder vorhersehen noch erwarten kann.“

Aus ganz anderen Tätigkeiten und Aufgaben herausgerissen, können sich Polizeibedienstete immer wieder, von jetzt auf gleich, in brenzligen Situationen wiederfinden. Möglicherweise sogar in Situationen, in denen Andere längst für sich entschieden



Sven Heinz, Mitglied der DPoIG-Landesleitung

haben, diesen einen Polizisten, ganz gleich wie er heißt oder woher er oder sie kommt, zu täuschen und zum Adressaten von tödlicher Gewalt zu nehmen.

Vielleicht ist es ganz gut, wenn Angehörige und Freunde von Polizeibediensteten gar nicht so recht wissen, wieviel versteckte und offene Gefahren, Hass, Leid und Ärger Mama oder Papa im täglichen Dienst begegnen können. Vielleicht ist es ganz gut, als

Vater oder Mutter nicht zu wissen, gegen welche Klientel sich die Tochter oder der Sohn in der Nacht behaupten muss. Vielleicht ist es ganz gut, als guter Freund nicht dieselben schrecklichen Bilder und hässlichen Szenen zu schauen, die den Polizeiangehörigen viel zu oft belasten. Den Verantwortlichen der Politik sei ab und an ein Blick in den Alltag „ihrer Polizei“ dringend empfohlen - zum besseren Verständnis für die eine oder andere von den Gewerkschaften erhobene Forderung.

Das Allerwertvollste eines jeden polizeilichen Arbeitstages ist zweifelsohne, wenn die Kolleginnen und Kollegen am Ende ihres Dienstes unversehr nach Hause zurückkehren und rufen können „**Hallo, ich bin wieder da...!**“.

Quellen: Stuttgarter Nachrichten, Wikipedia, Presseportal

Hinterhältige Messerattacke in Stuttgart

DPoIG erneuert Forderung nach härteren Strafen

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) verurteilt die hinterhältige Messer-Attacke auf Polizeibeamte in Stuttgart in einer Pressemitteilung und fordert härtere Strafen bei Angriffen auf Polizisten

Zwei Polizeibeamte mussten am frühen Sonntagmorgen (10.07.2016) in der Erwin-Hageloh-Straße in Stuttgart ihre Dienstwaffen einsetzen, um einen Messerangriff eines 33 Jahre alten Mannes abzuwehren. Dem Polizeibericht zufolge lockte der 33-Jährige die Polizisten unter einem Vorwand zu einer Tiefgarage und griff diese unvermittelt mit einem Messer an. Der Angreifer verletzte einen 25-jährigen Polizisten schwer. Die Polizisten gaben mehrere Schüsse auf den Mann ab und verletzten ihn lebensgefährlich.

„Zum Glück wurde unser Kollege nicht lebensgefährlich verletzt, aber das hätte leicht anders ausgehen können,“ sagte der stellvertretende Landesvorsitzende der Deutschen Po-

lizeigewerkschaft Daniel Jungwirth. Fest steht, dass in Deutschland kein Polizeibeamter leichtfertig zur Waffe greift. „Auf Menschen schießen müssen, ist eine schreckliche und schwer zu verarbeitende Situation für alle Polizisten und stellt eine enorme psychische Belastung für die beteiligten Polizisten dar,“ sagt Jungwirth. Nicht selten leiden die Beteiligten ein Leben lang. Auch wenn der Schusswaffengebrauch zum Schutz des eigenen Lebens geboten war.

Der aktuelle Vorfall führt erneut die besonderen Risiken und die Gefährlichkeit des Polizeiberufs vor Augen. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) beobachtet mit Sorge die stetig steigende Zahl der Angriffe auf Polizeibeamte.

Neben regelmäßigen verbalen Gewaltattacken, wie Beschimpfungen und Pöbeleien, gibt es immer wieder auch Fälle schwerer Gewaltanwendung gegen Beamte, bis hin zu Tötungsversuchen.



Daniel Jungwirth
Stellvertretender DPoIG-Landesvorsitzender

Insgesamt beklagen die Gewerkschafter eine festzustellende sinkende Hemmschwelle und zunehmende Verrohung innerhalb der Gesellschaft. Der grundsätzliche Respekt gegenüber dem Einschreiten und Handeln der Staatsdiener, schwinde zusehends, so Jungwirth.

Um diesem negativen Trend entgegen zu wirken, fordert die DPoIG härtere Bestrafungen bei Gewaltanwendung gegen Einsatzkräfte und andere Angehörige des öffentlichen Dienstes.

Personeller Nachersatz trotz freiwilliger Weiterarbeit

DPoIG begrüßt Absichten des Innenministers

Die Deutsche Polizeigewerkschaft sieht Innenminister Strobl mit Blick auf die Freiwillige Weiterarbeit von Polizeibeamten auf dem richtigen Weg, wenn er trotz Weiterarbeit die dafür vorgesehenen Neueinstellungen realisiert. Das ist eine deutliche Verbesserung gegenüber bisherigen Verfahrensweisen.

Die Freiwillige Verlängerungsmöglichkeit ist schon lange Realität und gesetzlich geregelt. Polizeibeamte können aufgrund der besonderen Belastungen des Berufs aktuell mit 60 Jahren in Pension gehen. Die Lebensarbeitszeit der Polizeibeamten steigt in den verhältnismäßig gleichen Schritten wie die Anhebung des Rentenalters. Im Jahr 2029 wird das reguläre Pensionsalter für Polizisten bei 62 Jahren liegen. Aktuell können Polizeibeamte bis zum 65. Lebensjahr freiwillig weiterarbeiten. Schon heute arbeitet ein Großteil der Polizeibeamten freiwillig weiter. Im

Höheren Dienst dürfte der Anteil bei 90% liegen. Im Gehobenen Dienst bei über 50%.

Neu und das begrüßt der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ralf Kusterer, ausdrücklich ist die Absicht des Innenministers, dass trotz der oft nicht längerfristig planbaren freiwilligen Weiterarbeit gleichzeitig neue Polizeibeamte eingestellt werden und zwar so, als würden die verlängernden Polizisten ganz regulär in den Ruhestand treten. Das war seither nicht möglich.

Bislang behielten die verlängernden Kolleginnen und Kollegen ihre Stellen inne, wodurch sich für nachrückende Beamtinnen und Beamte auch längere Wartezeiten für Beförderungsmöglichkeiten ergaben. Künftig werden freiwillig verlängernde Polizisten auf separaten Stellen geführt, wodurch die eigentlichen Stellen für Nachbesetzungen und

jüngeren Kolleginnen und Kollegen als Beförderungsmöglichkeit zur Verfügung stehen.

Damit greift der Innenminister eine lange Forderung der Deutschen Polizeigewerkschaft auf, die

1. trotz freiwilliger Weiterarbeit den Nachersatz garantiert wissen will

und

2. eine unliebsame Nebenwirkung der freiwilligen Weiterarbeit dringend beseitigt wissen möchte, nämlich dass eine freiwillige Weiterarbeit zwangsläufig die Wartezeiten nachrückender Kolleginnen und Kollegen auf eine Beförderungsmöglichkeit künstlich in die Ferne schiebt.

Durch diese Maßnahme wirkt der Innenminister dem weiteren Absinken des Personalbestandes der Polizei entgegen, der sich ab 2017 im Sinkflug befinden wird.

www.dpolg-bw.de

twitter.com/DPoIG_BW



Hol Dir die DPoIG App



Im AppStore, GooglePlay und Windows Store

Hurra, Deutschland ist Europameister

Wir gratulieren der deutschen Polizei-Nationalmannschaft im Fußball der Frauen zum wiederholten EM-Titel

Seit 2011 gibt es für die Fußballerinnen der Polizei internationale Meisterschaften. Gleich im zweiten Jahr seiner Existenz hat das deutsche Nationalteam der Damen die erste Europameisterschaft in Griechenland für sich entschieden. Vom 20.-27. Juni 2016 fand in Prag die 2. Europäische Polizeimeisterschaft im Fußball der Frauen statt.

Dem Nationalkader 2016 gehörten aus Baden-Württemberg Carmen Höfflin (PP Freiburg) und ihr Trainer Ralf Kaufmann (PP Offenburg) an. Höfflin spielt aktiv beim SC Sand und ist eine von drei Spielerinnen, die zum Kader eines Bundesligisten gehören.

Für das Turnier galt ein strenger Zeitplan mit fünf Spielen à 90 Minuten in sechs Tagen. Bei den vorherrschenden hochsommerlichen Temperaturen von etwa 32 Grad Celsius im Schatten eine ziemlich hohe Belastung. Unserer Frauenauswahlmannschaft konnte sich dennoch mit Bravour gegen Nationalmannschaften aus Frankreich, United Kingdom, Tschechien, Dänemark, Norwegen, Niederlande und Österreich durchsetzen:

Gruppenspiele:

Deutschland-Frankreich 3:1
Deutschland – Niederlande 3:0
Deutschland – Österreich 9:1

Halbfinale:

Deutschland – Norwegen 3:0

Finale:

In einem spannenden Match konnte sich die deutsche Mannschaft gegen die Franzosen mit 3:0 durchsetzen. Unter den Augen extra angereister Fans und Verwandten sowie der Mannschaften aus Holland und Norwegen konnten unsere Spielerinnen mit drei Toren den Sieg erringen.

Unsere Mannschaft darf zu Recht stolz sein, dass sie den Europameisterschaftstitel verteidigen konnte.



Gerne übernahm die DPoIG Baden-Württemberg die Kosten für die erforderlichen Nationaltrikots. Die Mannschaft dankte es mit einem speziellen Fotograuß nach der Ankunft im Prager Stadion.



So sehen Siegerinnen aus: Die jubelnde Nationalelf mit Trainerpersonal nach Erhalt der begehrten Pokaltrophäe (oben) und beim offiziellen Empfang (unten)



Mehr zur Fußball-EM der Polizeidamen:

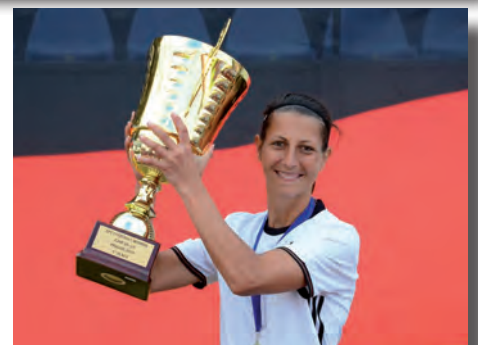
Deutsches Polizeisportkuratorium
<http://bit.ly/29GH5Fd>

<http://www.policefootball.com/>

<https://twitter.com/NachrichtenPS>

<https://www.facebook.com/epm2016prag>

Quelle: www.dpsk.de
Alle Bilder: Höfflin



Strahlende Carmen Höfflin mit dem Pott

Landesfrauenkonferenz hat gewählt Delegierte bestätigten neue Landesfrauenvertretung

Zur alle vier Jahre stattfindenden Landesfrauenkonferenz trafen sich die Delegierten vom 4./5. Juli 2016 in Baiersbronn.

Mit überwältigender Mehrheit wurden die bisherige Landesfrauenbeauftragte Marion Rothmund-Moscaritolo (DPoIG-Kreisverband Freiburg) und ihre Stellvertreterin Manuela Nothelfer-John (DPoIG-Kreisverband Böblingen) in ihren Ämtern bestätigt.

Erstmalig ist die Landesfrauenvertretung um zwei weitere Mitglieder erweitert worden. Mit Sandra Knödler (DPoIG-Kreisverband Esslingen) und Patricia Riemel (DPoIG-Kreisverband Konstanz) konnten wir zwei kompetente Kolleginnen für diese wichtigen Aufgaben hinzugewinnen.



Die neue Landesfrauenvertretung der DPoIG Baden-Württemberg, Patricia Riemel, Marion Rothmund-Moscaritolo, Sandra Knödler, Manuela Nothelfer-John (von links)

Wendt geht unter die Schauspieler Nebenrolle in einer Episode der „Rentnercops“

Wussten wir es doch schon immer: „Gewerkschafter sind auch Schauspieler!“ - Zumindest stimmt diese Aussage, was den DPoIG-Bundesvorsitzenden Rainer Wendt betrifft.

Gewerkschaftschef Rainer Wendt (59) ist nicht nur echter Polizist - nun spielt er auch noch einen. Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft übernimmt eine kleine Nebenrolle in einer Episode der ARD-Vorabendserie „Rentnercops“.

An der Seite der beiden Hauptdarsteller Tilo Prückner (75) und Wolfgang Winkler (73) wird Wendt „sich selbst“ spielen. Offenbar benötigen nach Meinung der Drehbuchautoren auch die Filmkollegen starke Gewerkschafter die ihnen den Rücken freihalten.

Eine wenig Schauspielerfahrung bringt der Duisburger mit. „Ich habe als Junge, als ich noch zur Schule ge-

gangen bin, in einer Laienspielgruppe mitgewirkt“, erzählte er am Rande der Dreharbeiten in Köln.

Na na! Mal nicht so bescheiden, Herr Bundesvorsitzender - Ihre jahrelangen, auf zahlreichen politischen Bühnen Deutschlands erworbenen Erfahrungen, gereichen Ihnen bei dieser Herausforderung sicher auch zum Vorteil.

Quelle: dpa
Grafik: daserste.de



Landesleitung in Politikergesprächen

DPoIG-Landesleitung in Gesprächen mit Mitgliedern der Landtagsfraktionen von GRÜNE, CDU und SPD

DPoIG-Landesleitung in zahlreichen Politikergesprächen.

Zu einem intensiven Meinungsaustausch und Auftaktgespräch für die zukünftige Zusammenarbeit trafen sich der DPoIG-Landesvorsitzende, Ralf Kusterer, und seine Stellvertreter, Jürgen Engel und Oliver Auras, mit Mitgliedern des Arbeitskreises Innenpolitik der SPD-Landtagsfraktion im Haus der Abgeordneten in Stuttgart. Neu im Amt als Polizeisprecher, begrüßte MdL Sascha Binder, zugleich Stellv. Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des AK Innenpolitik der SPD-Fraktion, die DPoIG-Delegation. Begleitet wurde der Polizeisprecher von Justizminister a.D. MdL Rainer Stickelberger sowie MdL Rainer Hinderer und der parlamentarischen Beraterin, Malin Melbeck. In dem mehr als einstündigen und sehr angenehmen Gespräch streiften die Gesprächsteilnehmer Themen von der Ausbildung, den Standortfragen, Ausrüstungs- und Ausstattungsfragen bis hin zum Freiwilligen Polizeidienst.

Am Bodensee bot das traditionelle Treffen des CDU Arbeitskreises der



Zu Besuch bei der SPD (von links): MdL Rainer Stickelberger, MdL Rainer Hinderer, MdL Sascha Binder, DPoIG-Landesvorsitzender Ralf Kusterer, DPoIG-Vize Jürgen Engel, Malin Melbeck, DPoIG-Vize Oliver Auras, Bild: SPD

Polizei in Südwürttemberg gute Gelegenheit, in lockerer und angenehmer Atmosphäre mit den anwesenden Politikern ins Gespräch zu kommen. Für die DPoIG-Landesleitung war Sven Heinz in Kressbronn und führte insbesondere mit dem örtlichen Landtagsabgeordneten der Grünen, MdL Martin Hahn, einen intensiven brückenbauenden Austausch über das Thema Zusammenarbeit von Politik und Interessenverbänden. Der neue

Generalsekretär der CDU, MdL Martin Hagel, war stellvertretend für den Innenminister angereist. Hagel brachte in seiner Ansprache zum Ausdruck, dass er die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte als „beschämend für unsere Gesellschaft“ empfinde. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, MdL Thomas Blenke, kündigte an, dass die Einführung der Bodycam in Baden-Württemberg unmittelbar vor der Umsetzung stehe. Die Landesregierung verspreche sich davon insbesondere eine abschreckende Wirkung auf potentielle Gewalttäter. Bei der gut besuchten Veranstaltung ergaben sich weitere gute Gespräche mit Bundespolitikern, sowie den Vorständen und Mitgliedern des Arbeitskreises.

Nachdem es in der neuen CDU-Landtagsfraktion einige personelle Veränderungen gab trafen sich Mitglieder der DPoIG-Landesleitung mit den Abgeordneten zu einem mehrstündigen Meinungsaustausch. Erfreut zeigt sich dabei der DPoIG-Landesvorsitzende darüber, dass DPoIG-Mitglied und „Neu-MdL“ Siegfried Lorek nach seiner Wahl in den Landtag innerhalb der CDU-Landtagsfraktion das Amt des Polizeisprechers übernommen hat. Der bisherige Polizei- und Innen-



Im Hafen Ultramarin (von links): MdB Lothar Riepsamen, CDU-Generalsekretär MdL Manuel Hagel, Stv. Vorsitzender Arbeitskreis Polizei Jörg Frey, MdL Martin Hahn, Vorsitzender Arbeitskreis Polizei Bernd Hummel, MdB Waldemar Westermayer, Sven Heinz DPoIG-Landesleitung

politische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Thomas Blenke, bleibt der Polizei in anderen Funktionen erhalten und verbunden. Er wurde zum Stellv. Fraktionssprecher und Vorsitzenden des Arbeitskreises Innenpolitik der CDU-Landtagsfraktion gewählt und kümmert sich auch hier weiterhin mit Engagement um Polizeithemen. Neben den Parlamentarischen Beratern Dr. Möser und Dr. Bauer nahm auch MdL Tobias Wald an dem Gespräch teil, der innerhalb der Landtagsfraktion den Arbeitskreis Finanzen leitet.



Im Gespräch mit CDU-Fraktion (von links): DPoIG-Vize Jürgen Engel, MdL Siegfried Lorek, DPoIG-Landesvorsitzender Ralf Kusterer, MdL Thomas Blenke, DPoIG-Vize Oliver Auras, MdL Tobias Wald, Bild: CDU

Neuer Vorsitzender der ArGe-ÖPR Oliver Auras folgt als Vorsitzender auf Peter Mangel

Nachdem der amtierende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Vorsitzenden aller Örtlichen Personalvertretungen der Polizei (ArGe-ÖPR Polizei), Peter Mangel, mit Ablauf des Monats Juli und Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand geht, erfolgte anlässlich der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft am 14. Juli 2016 die Wahl eines Nachfolgers.

Mit großer Mehrheit bei einem Gegenkandidaten wurde Oliver Auras, Vorsitzender des ÖPR beim PP Reutlingen, zum neuen Vorsitzenden gewählt. Die ID-Redaktion wünscht Oliver Auras, der innerhalb der DPoIG Stv. Landesvorsitzender ist, eine glückliche Hand für diese sehr anspruchsvolle Aufgabe.

Die Vorsitzenden der ÖPR der Polizei verabschiedeten Peter Mangel aus Ihrer Runde. Das „personalrätliche“ Urgestein hat die Personalratsarbeit der Polizei in den vergangenen Jahren und in vielen personalvertretungsrechtlichen Funktionen maßgeblich mitgeprägt: Mangel war Vorsitzender des ÖPR Esslingen, Vorsitzender des Bezirkspersonalrats der Polizei beim Regierungspräsidium Stuttgart, Mitglied im Hauptpersonalrat der Polizei beim Innenministerium, Mitglied und Mitgründer der Arbeitsgemeinschaft der Bezirkspersonalratsvorsitzenden,



Stabwechsel bei der ArGe-ÖPR (von links): Oliver Auras, Peter Mangel, Rolf Fauser mit dem Stellvertreter des Landespolizeipräsidenten Dietrich Moser von Filseck (2. von links)

Vorsitzender des Übergangspersonalrats beim PP Reutlingen, Vorsitzender des ÖPR beim PP Reutlingen, um nur einige seiner Funktionen in verschiedenen Personalvertretungsgremien zu nennen.

Nachdem mit der Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der Vorsitzenden örtlicher Personalräte vorgesehen war, übernahm Peter Mangel den Vorsitz dieser ArGe-ÖPR und brachte gemeinsam mit seinem Stellvertreter, Rolf Fauser (HfPol, IF BB) dieses neue Personalratsgremium erfolgreich an den Start. In den vergangenen Monaten haben Mangel und Fauser Enormes geleistet und eine funktionierende Kommunikati-

onsstruktur wie auch ein arbeitsfähiges Gremium geschaffen.

Unzählige unmittelbare Begegnungen und Verhandlungen mit dem Innenminister belegen Mangels direkten Zugang zu den höchsten Entscheidungsträgern und machen deutlich, mit welchem Engagement Peter Mangel für die Polizei des Landes unterwegs war.

Durch die Schaffung dieser Strukturen hat Mangel den soliden Grundstein für eine zukunftsfähige Personalratsinstitution gesorgt, mit der man innerhalb der Polizei des Landes Baden-Württemberg rechnen kann und muss. Für dieses Werk gebührt ihm großen Dank und Anerkennung.

Bundeswehreinsatz im Inneren durch die Hintertür

DPoIG kritisiert Vermischung von äußerer und innerer Sicherheit

Mit scharfer Kritik hat der Bundesverband der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) auf die Ankündigung aus dem Verteidigungsministerium reagiert, die Bundeswehr bei Terroranschlägen auch im Inland einzusetzen.

In dem aktuell vom Bundeskabinett verabschiedeten „Weißbuch zur Sicherheitspolitik“ werden „terroristische Großlagen“ als besonders schwere Unglücksfälle gewertet. Damit wäre der Einsatz der Bundeswehr im Innern nach dem Grundgesetz erlaubt. Sogar gemeinsame Übungen von Bundeswehr und Polizei zur Terrorbekämpfung sind vorgesehen.

DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt: „Das kommt einem Einsatz der Bundeswehr im Innern durch die

Hintertür gleich und damit de facto einer Grundgesetzänderung. Der eigentliche Hintergedanke bei diesem Szenario, welches sich Unions-Sicherheitspolitiker jetzt ausgedacht haben, scheint eine finanzielle Stärkung der Bundeswehr zu Lasten der Polizei zu sein. Die Polizei wäre in der Lage terroristische Bedrohungslagen zu bekämpfen, wenn man sie nur ordentlich ausstattet.“

Finanzielle Stärkung der Bundeswehr geht zu Lasten der Polizei

Die Einrichtung der Sondereinheit BFE+ der Bundespolizei gehe laut Wendt genau in die richtige Richtung. Nun müsse diese Einheit schnell und umfassend gestärkt werden, mit der notwendigen Bewaffnung, Schutzausstattung und spezialisiertem Personal.

Gemeinsam mit der GSG9 und den Spezialkräften der Länder lassen sich damit auch Angriffe von Terroristen bekämpfen.

Originär muss die Polizei gestärkt werden

Es muss originär die Polizei gestärkt und ausgerüstet werden, so der DPoIG-Bundesvorsitzende. „Es kann nicht sein, dass sich die Politik immer wieder aus der Verantwortung stiehlt, der Bevölkerung vermeintliche Sicherheitslösungen vorgaukelt und wiederum eine Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht riskiert“, sagte Rainer Wendt.



Ein Antiterrorteam der Polizei bei einer Schiffsübung, Bild: Pixabay